

## Politik für Kinder und Jugendliche

Jugendliche erreichen heute früher einen Reifegrad, der sie zu politischen Urteilen befähigt. Aus diesem Grund setzt sich der Bayerische Jugendring für eine Absenkung des aktiven Wahlalters für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf das 14. Lebensjahr ein.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen finden in der Politik nur in geringem Maße Beachtung. Das verwundert nicht, denn junge Wählerinnen und Wähler sind nur eine sehr kleine Zielgruppe der Politik, die im Zuge des demografischen Wandels im Verhältnis zu den älteren Generationen auch noch weiter schrumpfen wird. Die Jugendarbeit zeigt, dass junge Menschen die Gesellschaft mitgestalten wollen und können.

*Die Jugendarbeit beteiligt Jugendliche auf allen Ebenen und setzt sich für die Interessen Jugendlicher ein. Solange junge Menschen jedoch von den Wahlen, der zentralen politischen Teilnahmemöglichkeit, ausgeschlossen sind, werden sie als Zielgruppe durch die Parteien und Abgeordneten nur in geringem Maße wahrgenommen und somit ihre Interessen nicht angemessen berücksichtigt. Der Bayerische Jugendring setzt sich für eine Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre ein, um die Politik dazu zu bewegen, sich stärker mit den Themen von Jugendlichen zu beschäftigen.*

Matthias Fack  
Präsident des Bayerischen Jugendrings

In der öffentlichen Debatte werden zahlreiche Einwände gegen eine Absenkung des Wahlalters eingebracht. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch ersichtlich, dass diese Bedenken schnell zu widerlegen sind.

## Interesse und Wissen

### Einwand:

Jugendliche interessieren sich nicht für Politik und kennen sich nicht gut genug mit Politik aus.

### Fakt ist:

Es ist unbestritten, dass sich viele Jugendliche bislang wenig mit Politik auseinandergesetzt haben. Das ist allerdings auch nicht unbedingt notwendig, um eine legitime Entscheidung zwischen verschiedenen politischen Alternativen zu treffen. Auch viele Erwachsene kümmern sich kaum um politische Inhalte und wählen häufig intuitiv die Person oder Partei, von der sie denken, dass sie ihre Interessen am besten vertritt.

Damit Jugendliche sich besser in der Politik auskennen und zurechtfinden, müssen Politiker\_innen und Parteien ihre Themen und ihre Kommunikation stärker an der Zielgruppe Jugendliche ausrichten und muss das Angebot an politischer Bildung ausgeweitet werden.

Die Jugendarbeit als gelebte Partizipation ist der beste Beleg dafür, dass Jugendliche sich für ihr Lebensumfeld interessieren und dass ihr Interesse mit den Möglichkeiten wächst, politische und gesellschaftliche Entwicklungen direkt zu beeinflussen.



## Reifegrad

### Einwand:

Jugendliche ab 14 Jahren seien noch nicht reif genug, sich angemessen zu informieren und sich eine reflektierte Meinung zu bilden.

### Fakt ist:

Die Informations- oder Urteilsfähigkeit eines Menschen lässt sich nicht prinzipiell am Alter messen. In allen Altersklassen gibt es Menschen, die sich kaum bis gar nicht für Politik interessieren und es gibt solche, die bestens informiert sind. Trotzdem wird niemand auf die Idee kommen, uninformatierten erwachsenen Bürger\_innen das Wahlrecht zu entziehen. Die Entwicklungspsychologie belegt, dass mit zwölf Jahren die Altersphase beginnt, in der Jugendliche zu differenziertem Denken und Urteilen fähig sind:

*Mit etwa zwölf Jahren ist eine stabile intellektuelle Basis erreicht, auch eine grundsätzliche soziale und moralische Urteilsfähigkeit ist gegeben. Von diesem Alter an ist es möglich, politische Urteile zu treffen; es wäre auch möglich, sich an Wahlen zu beteiligen.*

Prof. Klaus Hurrelmann  
Jugendforscher, in „Das Parlament“ 44/2005

Die Urteilsfähigkeit wird durch ein differenziertes Angebot an politischer Bildung sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen Jugendbildung unterstützt. Auch den Familien kommt hier eine wichtige Rolle zu.

Außerdem verfügen junge Menschen über ein überdurchschnittlich hohes Maß an Kompetenzen im Umgang mit modernen Informationstechnologien, inzwischen unabdingbar für eine umfassende und fundierte Meinungsbildung.

## Beeinflussbarkeit

### Einwand:

Jugendliche seien leicht zu beeinflussen und könnten von Parteien am jeweiligen Rand des Parteienspektrums vereinnahmt werden.

### Fakt ist:

Alle Menschen sind beeinflussbar, sonst wären Wahlkämpfe ohnehin überflüssig. Zunehmend auf mediale Vermarktbarkeit zugeschnittene Wahlkampagnen bergen das Risiko verkürzter oder sogar verfälschter Information. Dies betrifft alle, auch Erwachsene.

Im Übrigen wäre das eher ein Argument für mehr politische und medienpädagogische Bildung, wie sie im Rahmen der Jugendarbeit bereits angeboten wird. Doch selbst wenn es so sein sollte, dass Jugendliche anfälliger für die Propaganda extremer Parteien sind, kann das nicht als Argument dafür angeführt werden, ihnen das Wahlrecht vorzuenthalten. Vielmehr wäre dies eine eindeutige Aufforderung an die Parteien der demokratischen Mitte, die Interessen junger Menschen stärker aufzugreifen und so für sie wieder attraktiver zu werden.

## Interesse am Wählen

### Einwand:

Jugendliche seien selbst kaum am Wahlrecht ab einem Alter von 14 Jahren interessiert.

### Fakt ist:

Die Wahlbeteiligung der Jungwähler\_innen liegt in der Tat unter dem Durchschnitt. Das Wahlrecht ist jedoch ein Recht, das jedem\_jeder Bürger\_in unabhängig davon zusteht, ob er\_sie es tatsächlich ausüben wird oder nicht. Es darf niemandem mit dem Argument verwehrt werden, er wolle es eventuell nicht ausüben. Und auch hier gilt: Das Phänomen der Nichtwahl betrifft nicht nur Jugendliche, auch ein sehr hoher Anteil der älteren Wahlberechtigten geht nicht zur Wahl.

Bayerischer Jugendring  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Herzog-Heinrich-Straße 7  
80336 München

tel 089/51458-0  
fax 089/51458-88  
info@bjr.de  
www.bjr.de



# WÄHLEN AB 14

Argumente für ein Wahlrecht ab 14 Jahre



Bildnachweis: BJR